

Aide-Mémoire

62nd Session of the UN Commission on Human Rights
13th March to April 2006

Empfehlungen Menschenrechtssituation Mexiko 2005

62. Sitzungsperiode der UN-Menschenrechtskommission Genf 2006

Ein Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen in Mexiko lässt sich erkennen, dass weiterhin Korruption und Vetternwirtschaft vor allem auf regionaler und lokaler politischer Ebene die Ursache für gravierende Menschenrechtsverletzungen sind und dass noch viel geschehen muss, damit Mexiko die internationalen Standards umsetzt.

Obwohl die Regierung des Präsidenten Fox eine höhere Sensibilität für Menschenrechte als ihre Vorgänger gezeigt hat und einige entsprechende internationale Konventionen unterzeichnete, lässt ihre innenpolitische Realisierung, d.h. die Erfüllung der Auflagen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission und des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, zu wünschen übrig. Dazu trägt auch die schwache Position der Regierung gegenüber der oppositionellen Mehrheit im Kongress bei.

Die **Straflosigkeit** bei Menschenrechtsverletzungen hat nach wie vor systematischen Charakter. Die wichtigsten Gründe dafür sind zum einen die Art und Weise, wie Strafverfolgungsbehörden strukturiert sind und geführt werden, zum anderen die Schwäche des Justizsystems gegenüber althergebrachten Machtstrukturen und teilweise ihre Komplizenschaft mit den Tätern.

Seit zwei Jahren nimmt Mexiko mit weit mehr als 100 **Gewalttaten gegen Journalisten** die erste Stelle in Lateinamerika an Verstößen gegen die Pressefreiheit ein. Für diesen Zeitraum sind acht Morde und zwei Fälle von Verschwindenlassen zu beklagen. Die Gewaltakte gehen oft von Beamten und der Polizei aus und wurden mehrheitlich in den nördlichen Bundesstaaten ausgeführt, wo Drogenkartelle die politischen Geschicke stark mitprägen.

Menschenrechtsverteidiger sind auch weiterhin Morddrohungen und Übergriffen ausgesetzt. Trotz einer Anordnung des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Schutzmaßnahmen für Rechtsanwälte zu treffen, die Kollegen der Rechtsanwältin Digna Ochoa y Plácido waren, hat die mexikanische Regierung den Polizeischutz für den Rechtsanwalt Leonel Rivero und seine Familie eingestellt. Die

Umstände des Todes der Rechtsanwältin Ochoa y Plácido (2001) und die Serie der Morddrohungen gegen Personen aus ihrem Umfeld wurden bis heute nicht aufgeklärt. Der Rechtsanwalt erhält Morddrohungen, seine Frau und die Leibwächter hatten in der Vergangenheit physische Gewalt zu erdulden.

In ganz Mexiko wird die **Militarisierung ziviler Bereiche** entgegen der Empfehlung des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte fortgesetzt, die Armee in die Kasernen zurückzuziehen. Wie unter den Vorgängerregierungen werden weiterhin Militärangehörige mit zivilen Aufgaben betraut. Organisierte Kriminalität, Entführungen, Drogenhandel, Umweltverschmutzung, Migration und Terrorismus als Gefährdung der nationalen Sicherheit dienen hierbei als Rechtfertigung. In ländlichen Regionen wird das Militär offiziell zur Bekämpfung aufständischer Gruppen und zum Kampf gegen den Drogenanbau und -handel eingesetzt. Der militärische Einfluss wird ausgedehnt. Das Militär verfolgt auch Umweltschützer und andere Opponenten gegen das Regime der herrschenden so genannten Kaziken. Im Bundesstaat Guerrero sind Militärangehörige wegen Vergewaltigung von indigenen Frauen angezeigt worden (bekannt wurden drei Fälle), ohne dass die Militärgerichte gegen die beschuldigten Soldaten aktiv geworden wären. De facto bleiben Menschenrechtsverletzungen, die von Militärangehörigen begangen werden, aufgrund des verfassungswidrigen, aber generell praktizierten Vorrangs der Militärgerichtsbarkeit gegenüber der zivilen Rechtsprechung unermittelt und folglich auch unbestraft.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen des Präsidenten Fox, ist **Folter durch Angehörige von Polizei und Militär, unter Duldung der Staatsanwaltschaften** erwiesenermaßen als Untersuchungsmethode üblich. Ole Vedel Rasmussen, Mitglied des UN-Komitees gegen Folter und unmenschliche Behandlungen, hat die systematischen Folterpraktiken in Mexiko angeprangert. Die fehlende Unabhängigkeit von medizinischen Experten gegenüber der Staatsanwaltschaft und die Art und Weise, wie die medizinischen Berichte über die inhaftierten Personen verfasst werden, geben Aufschluss darüber, dass in den Geständnissen oft Folter eine Rolle gespielt haben muss.

Trotz gegenteiliger Beteuerungen des Präsidenten Fox, ist **Folter durch Angehörige von Polizei und Militär, unter Duldung der Staatsanwaltschaften** erwiesenermaßen als Untersuchungsmethode üblich. Ole Vedel Rasmussen, Mitglied des UN-Komitees gegen Folter und unmenschliche Behandlungen, hat die systematischen Folterpraktiken in Mexiko angeprangert. Die fehlende Unabhängigkeit von medizinischen Experten gegenüber der Staatsanwaltschaft und die Art und Weise, wie die medizinischen Berichte über die inhaftierten Personen verfasst werden, geben Aufschluss darüber, dass in den Geständnissen oft Folter eine Rolle gespielt haben muss.

Besorgniserregend ist die Zunahme an **Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Verteidigung der natürlichen Ressourcen** und die Verletzung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Menschenrechte. Felipe Arreaga Sánchez, ein engagierter Bauer, der zusammen mit seiner Frau Celsa Valdovinos Ríos gegen den Kahlschlag in der Sierra de Petatlán (Bundesstaat Guerrero) eintritt, wurde von einem lokalen Großgrundbesitzer („Kaziken“), zusammen mit 13 weiteren Bauern des Mordes und der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung beschuldigt mit dem Ziel, sich dieser unliebsamen Opposition zu entledigen. Aufgrund dieser Anschuldigung wurde Arreaga seit November 2004 für mehr als zehn Monate in der Strafvollzugsanstalt von Zihuatanejo in Bundesstaat Guerrero inhaftiert. Trotz einer Vielzahl eindeutiger Beweise der Verteidigung für seine Unschuld beharrte die Staatsanwaltschaft bis zuletzt auf der Anklage. Der längst fällige Freispruch des Richters führte paradoxerweise nicht zur Aufhebung der Haftbefehle gegen die übrigen Angeklagten. Der wesentlich falschen Beschuldigung und der Nötigung von Zeugen, in die auch die Staatsanwaltschaft verwickelt war, wurde nicht nachgegangen.

Empfehlungen

Wir bitten die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Union bei der Menschenrechtskommission die weiterhin offenen Probleme bezüglich einer Durchsetzung der Menschenrechte in Mexiko anspricht. Insbesondere sollte die mexikanische Regierung aufgefordert werden:

- der Straflosigkeit entschieden entgegenzuwirken;
- die von ihr eingegangenen internationalen Verpflichtungen, die Anordnungen des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission zu erfüllen. (Die konkreten Fälle sind im Text erwähnt);
- die Arbeitsmöglichkeiten und die Rechte von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten gemäß der "UN-Erklärung über das Recht und die Pflicht von Einzelpersonen, Gruppen und Institutionen, die allgemein anerkannten Menschenrechte und Grundfreiheiten zu fördern und zu verteidigen" zu garantieren;
- ebenfalls zu garantieren, dass die Bauern der Sierra de Petatlán und Menschen, die sich in Mexiko für die Umwelt einsetzen, uneingeschränkt ihre Aktionen zur Erhaltung der Ökosysteme fortsetzen können, ohne um ihr Leben fürchten zu müssen;
- Wie seit Jahren fordern wir weiterhin, dass die Lage der indigenen Bevölkerung Mexikos entsprechend der ILO-Konvention 169, die Mexiko 1991 ratifiziert hat, rechtlich und tatsächlich gebessert wird;
- Folterpraktiken tatsächlich abzuschaffen und strafrechtlich zu verfolgen.



of the Evangelical Church in
Germany
Postfach 101142 D-Stuttgart

Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Coordinación Alemana por los Derechos Humanos en
México

Sekretariat:
Preysingstr. 4
81667 München
Deutschland

Tel.
Fax:
mail:

0049-(0)89-44 22 99 66
0049-(0)89-44 22 99 65
mexmrkoordination@gmx.de

Aide-Mémoire

62nd Session of the UN Commission on Human Rights
Geneva, 13th March to April 2006

Recommendations relating to the human rights situation in

Mexico 2005

With one year to go until the next presidential election, it is clear that corruption and nepotism, particularly in regional and local politics continues to be the root cause for serious human rights violations. Many changes are needed to bring Mexico in line with international human rights standards.

Although President Fox's government has been more open regarding human rights issues than its predecessors, and has signed some appropriate international conventions, these have not been satisfactorily implemented with regards to domestic affairs. For example, the recommendations of the Inter-American Human Rights Commission and the Inter-American Court of Justice for Human Rights have not been put into practice. In addition, major change on these issues is being hampered by the majority opposition in Congress.

The **impunity** for human rights violations continues to show a systematic character. One reason for this is the way that law enforcement is structured and administered. Another reason is the weakness of the legal system in relation to traditional power structures (which are complicit with the perpetrators).

With well over 100 **acts of violence against journalists**, Mexico has taken the foremost position in Latin America for the last two years concerning infringement of press freedom. This includes eight murders and two cases of disappearance. The acts of violence are often perpetrated by officials or the police and mostly occur in the northern federal states, where drug cartels have a strong influence on politics.

Defenders of human rights are also exposed to murder threats and assaults. Despite a requirement of the Inter-American Court of Human Rights, to take preventive measures for attorneys who were colleagues of the female lawyer Digna Ochoa y Plácido, the Mexican government stopped providing police protection for the lawyer Leonel Rivero and his family. The circumstances surrounding the death of Ochoa y Plácido (2001) and the series of murder threats to people close to her still haven't been cleared up. The lawyer, Rivero, receives murder threats, his wife and his bodyguards have been physically attacked.

The **German Human Rights Coordination for Mexico** is a network, whose members are: ALASEI (Bonn, Germany); Amnesty International (CASA- und Guatemala-Kogruppe, Hamburg), Brot für die Welt; CAREA; FIAN (German Section); the Human-Rights Section of the German Protestant Diaconate DW; Mexiko.Initiative (Cologne/Bonn); MISEREOR; the Mission Procurate of the German Jesuits, Missionszentrale der Franziskaner; the Ecumenical Office for Peace and Justice; Pax Christi (Solidarity Fund 'Eine Welt'); Peace Brigades International (German branch) and the Association to promote the Human Rights of Indigenous People in Oaxaca, Mexico, Promovio e. V.

In the whole of Mexico the militarization of civilian areas continues despite the recommendation of the UN High Commissioner for Human Rights, to recall the army into the barracks. As under the preceding governments, members of the armed services are entrusted with civilian tasks. Any perceived threat to national security posed by organized crime, kidnapping, the drug trade, environmental pollution, migration and terrorism can serve as justification. In rural regions the military is used officially to combat insurgent groups and to prevent the cultivation of and trade in drugs. The influence of the military is increasing. The military also persecutes environmentalists and other opponents of the powerful landowners. In the Federal State Guerrero, members of the armed forces have been accused of raping indigenous women (there are three known cases). The military courts have taken no action. Due to the unconstitutional, but generally practiced priority of military over civilian jurisdiction, violations of human rights perpetrated by members of the military, are not investigated and therefore remain unpunished.

Despite President Fox's assurances to the contrary, **torture by members of the police and military, with the acquiescence of the public prosecutor's offices** is a common interrogation method. Ole Vedel Rasmussen, member of the UN Committee Against Torture, denounced the systematic use of torture in Mexico. The medical experts are not independent, they are appointed by the public prosecutor's office. Additionally, the way in which detainees medical reports are written, sheds light on the fact that torture must play a frequent role in confessions.

The establishment of a special public prosecutor's office for investigating **the murders of women** in Ciudad Juárez has not yet had the desired impact on violence against women. During 2005 more than 30 women were murdered in Ciudad Juárez alone including the murders of several small girls. In addition, it has come to light that violence against women is much more widespread than was so far assumed. The "special commission for monitoring the investigation of the murders of women" that was created in 2003 by the National Congress stated, for example, that just in the first half of 2004, about 200 women were killed by violence in Chiapas (particularly on the border with Guatemala) and between the years 2000 and 2004, around 900 women were killed in Veracruz (the victim numbers are rounded). At both the north and south borders of the country lawless areas have developed, where any crime is possible and where impunity has become the rule. Obviously local authorities and police are complicit in these crimes.

The increase in **violations of human rights in connection with the defence of natural resources** and the infringement of economic, cultural and social human rights is cause for concern. Felipe Arreaga Sánchez, a dedicated farmer, who along with his wife, Celsa Valdovinos Rios, has been struggling to prevent massive deforestation of the Sierra de Petatlán (Federal State of Guerrero), was framed for a murder, along with 13 other farmers. This accusation was initiated by a local landowner (Cacique) in order to get rid of this unpleasant antagonist. Due to this accusation, Arreaga was arrested in November 2004 and remained imprisoned for more than ten months in the Zihuatanejo jail in Federal State Guerrero. Despite overwhelming evidence of his innocence, the public prosecutor's office persisted to the last with the charge. Paradoxically, although Arreaga Sánchez has now been acquitted, the charges against the remaining accused have not been dropped. The false accusations and the coercion of witnesses in which the public prosecutor's office was also involved, has not been investigated.

Recommendations

The German Federal Government should lobby the European Union during the session of the Human Rights Commission for the human rights issues in Mexico to be addressed. In particular the Mexican government should be requested:

- to work resolutely against impunity;
- to fulfil the obligations of the Inter-American Court of Human Rights and the recommendations of the Inter-American Commission on Human Rights. (The concrete cases are mentioned in the text);
- to guarantee defenders of human rights as well as journalists the right to work unhindered in accordance with the "Declaration on the Right and Responsibility of Individuals, Groups and Organs of Society to Promote and Protect Universally Recognized Human Rights and Fundamental Freedoms";
- likewise to guarantee that the farmers of the Sierra de Petatlán and other people in Mexico who stand up for the environment can continue their conservation activities, without fearing for their lives;
- As in previous years we continue to call for legal and real improvements to the situation of Mexico's indigenous population in accordance with ILO Convention 169, which Mexico ratified in 1991;
- to abolish in earnest and criminally pursue torture practices.